

Tourismus – Themenschwerpunkt für Absteiger

Grundlegende Überlegungen zum Massentourismus und Bremens Stellung darin.

5 Massentourismus als Freizeitvergnügen ist ein Wirtschaftszweig für arme Länder und Regionen. Überwiegend arbeiten dort schlecht bezahlte Arbeitskräfte, die dafür keine hohe Bildung brauchen¹. Wenn sich Regionen oder Länder wirtschaftlich weiter entwickeln und sich höher bezahlte Arbeitsplätze bieten, dann steigen tendenziell auch die Löhne und Gehälter im Hotel- und Gaststättengewerbe usw. so dass Ferien dort teurer werden. Das hat zur Folge, dass die Karawane des Massentourismus weiter zieht. Beim Abstieg eines Landes oder einer Region kommt der umgekehrte Prozess in Gang. Tourismus wird als Chance gesehen, 10 die vielen Arbeitslosen irgendwie doch noch zu beschäftigen, so dass sie nicht nur aus öffentlichen Kassen ihr Leben fristen – und (Immobilien-) Unternehmen weiterhin Geld verdienen können. Typisch ist es, dass Griechenland jetzt wieder als aussichtsreich empfohlen wird, wieder mehr Touristen anzulocken – denn durch die erzwungenen Sparbeschlüsse sind die Arbeitskräfte dort wieder sehr viel billiger geworden.

15 Ganz anders verhält es sich mit dem **Städtetourismus** in **Metropolen**. Metropolen zeichnen sich gegenüber anderen Städten dadurch aus, dass sie Entscheidungszentralen für andere beherbergen, also Zentralen von Firmen, Organisationen, Kirchen, Ländern, Staaten oder anderes. Dort müssen die regional anderswo arbeitenden abhängigen Beauftragten dieser Zentralen hin, um Regelungen zu erörtern und sich Entscheidungen abzuholen. Das Hotel- und Gaststättengewerbe ist dort meist nicht billig sondern ausgesprochen teuer. Es wird beherrscht vom Geschäftsreiseverkehr und bietet für die Mächtigen und Reichen die entsprechenden Suiten in Luxushotels. **Geschäftsreiseverkehr** dominiert bei der arbeitsteiligen Produktion das Übernachtungsgewerbe auch in anderen Städten, die keine Metropolen sind. 20 Vertreter, Montagearbeiter, Vortragsreisende, Inspizienten usw. müssen immer wieder an wechselnden Arbeitsorten übernachten. Luxusherbergen haben dort aber einen weit geringeren Anteil am Beherbergungsgewerbe. Bei wachsender Arbeitsteilung nimmt der Geschäftsreiseverkehr tendenziell weiter zu, selbst wenn durch elektronische Kommunikationstechniken dieser Anstieg gebremst wird. In den Metropolen wird über Geld und Macht entschieden und es auch demonstrativ ausgegeben. Dort ist Glanz und Gloria. Dorthin pilgern dann auch 30 die Massen, die sich in den Kathedralen des Glaubens, des Geldes und der Macht vom Prunk und der Übermächtigkeit beeindruckt lassen. Dorthin zieht es auch Künstler, denen dort leichter die Möglichkeit winkt, von ihrer Kunstproduktion zu leben, die dann selbst wieder ein Mekka / Anziehungspunkt der jeweils neuesten Modebewegungen werden können.

35 Der private Städtetourismus hat seine tragende Grundlage in familiären Ereignissen und Feiern. Städtetourismus von Privatleuten mit Übernachtung nur wegen des Sightseeing und irgendwelcher kultureller Events wegen stellt einen sehr kleinen Bruchteil des gesamten Reiseverkehrs dar, jedenfalls den mit Übernachtungen, und der ist dann überwiegend auch noch auf die Low-Budgethotels ausgerichtet.

40 **Bremen** nennt sich zwar dominierende Stadt einer Metropolregion² Bremen – Oldenburg. Daran ist in dem oben genannten Sinne von Metropole aber fast nichts mehr dran. Seit die Reederei Norddeutscher Lloyd mit der Hapag fusionierte und seitdem real in Hamburg residierte, war deutlich geworden, dass sich „das Kapital“ für Hamburg als seine Metropole im Norden entschieden hat. Bremer Unternehmen schafften es nicht, selbst neue Konzerne zu bilden. Gerade in einer Handelsstadt, in der es unendlich viele Großhandelshäuser gab, gelang es keinem Handelshaus, in den sich neu formenden Handelsmarkt führend mit einzugreifen. Dies kann man für alle einstmals in Bremen wichtigen Gewerbebezüge sagen: In 45 keinem bildete sich in Bremen die zentrale Stelle der größer werdenden wirtschaftlichen Ge-

¹ In Entwicklungsländern nehmen aber häufig mangels Alternativen auch gut ausgebildete Menschen solche Arbeiten an. Das gilt auch in entwickelten Ländern z.T. für zugewanderte Menschen. Z.B. weil ihre Ausbildungsabschlüsse im Einwanderungsland nicht anerkannt werden oder weil sie bei weit verbreiteter Arbeitslosigkeit keine ihrer Ausbildung entsprechende Anstellung finden.

² Metropolregion ist ein bürokratisches Konstrukt aus irgendwelchen statistischen Datenreihen. Es wird herbei definiert, um an irgendwelche staatliche Töpfe zu kommen.

5 bilde. Beispiel Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, wie Kaffee, Bier, Wein, Schokolade, Tabak, Fisch, Fleisch usw. Alle einstmals großen und selbständigen Unternehmen sind inzwischen in Konzerne eingegliedert, die, soweit sie überhaupt noch in Bremen sind, abhängige Produktionsstätten geworden sind. Das gilt auch für die Luft- und Raumfahrt³, Automobilbau, Rüstung, Versicherungen, Reisebüros usw. Der Verlust der Großwerften in Bremen drang dabei besonders ins Bewusstsein und wird noch heute als Ursache des Niedergangs Bremens und der Haushaltsnotlage angeführt und als schicksalhaft unabwendbares Ereignis dargestellt, weswegen Bremen unverschuldet in Not geraten sei. Daran ist fast nichts richtig. Die Meyer-Werft in Papenburg ist ein immer noch lebender Gegenbeweis, dass man selbst an miserablen Standorten auch 20 Jahre nach dem Niedergang von AG Weser und Vulkan-Werft in Deutschland noch erfolgreich Schiffe bauen kann⁴. Die Bremer Politiker wissen das natürlich und spüren es selbstverständlich, dass sie eigentlich für alle größeren Entscheidungen sich mit Konzernzentralen außerhalb Bremens ins Benehmen setzen müssen. Man ist schon dankbar, wenn wenigstens in gegliederten Konzernstrukturen Bremen eine nationale oder regionale Revierzentrale zugewiesen wird, wie bei Kraft Foods oder Becks Bier bei „InBev“ oder bei Mercedes Benz die Produktionsführerschaft für die C-Klasse.

20 Deswegen wollte man ja so gerne an den neuen funkelnden Bremer Stern am nationalen und internationalen Firmament der Unternehmen, der Beluga-Reederei, die die größte ihrer Art in der Welt sein sollte, glauben. Ihr Eigentümer, Nils Stolberg, verhielt sich auch als Mäzen und entschied, wie eben Firmenzentralen autonom über Geld und Regelungen entscheiden können, so dass aus solch einer Firmenzentrale auch gesellschaftliche Anstöße kommen konnten. Nicht nur ein repräsentatives Verwaltungsgebäude an zentraler Stelle wurde gebaut, das Bremer Baustil repräsentierte, sondern auch Sponsoring wurde in verschiedene Richtungen fleißig geübt; ein Privatgymnasium mit Reformansätzen wurde gegründet etc. pp. Umso enttäuschter war man, als sich dieser Stern als schnell verglühende Sternschnuppe erwies, und die Nachfolgefirma, Havy Lift, die Reste nach Hamburg verfrachtete.

30 Entsprechend nervös reagiert man in Kreisen von Handelskammer und Senat, wenn Gerüchte über eine Fusion von Hamburger und Bremer Sparkasse aufkommen. Dann verdichten sich Erinnerungen an die Fusion von Norddeutschem Lloyd und Hapag zu Albträumen, auch die letzten Reste an autonomen Handlungsmöglichkeiten und die mageren Reste der einstigen Metropolfunktionen zu verlieren, in denen man noch flott „Bremer Modelle“ in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen beschließen und verwirklichen konnte. Und um die zu besichtigen, kamen Menschen aus ganz Europa angereist.

35 **Bremen ist** seit der Fusion Hapag-Lloyd eben **das Tief im Norden**, während Hamburg sich zum „Hoch im Norden“ aufgeschwungen hat. Hamburg beweist seit langem, dass auch ein Stadtstaat mit der Steuerverteilung, über die in Bremen so weinerlich geklagt wird, ein gebendes Land beim Länderfinanzausgleich sein kann. **Bremen ist in dem Zusammenhang der Absteiger**. Es ist mit der Inbegriff von Provinz geworden. Da helfen keine Datenreihen, die Bremen relativ zu Wuppertal, Dortmund oder Duisburg noch ganz gut aussehen lassen.

40 Es gibt hunderte von Städterankings. Manche mit öffentlichen Angelegenheiten Beschäftigte starren gebannt auf sie, wie auf die eigenen Fotos und Daten in einer Anzeigenbörse oder in elektronischen Netzwerken, wie man denn relativ zu den anderen wirke, wie viele Freunde man habe, und ob denn jemand käme und einen als Märchenprinz oder –prinzessin auswählen könne. Sie merken gar nicht, wie die Bevölkerung dabei ggf. nur abgezockt und ausgeplündert wird wie die Landpomeranze aus osteuropäischen Dörfern, die sich zur Arbeit nach Mittel- und Westeuropa mit Versprechungen locken lassen, wenn Abgesandte der hohen Entscheidungsträger geruhen, mal ein Auge auf dieses zappelnde Etwas zu werfen.

³ Neuerdings macht OHB als Bremer Unternehmen mit Großaufträgen von sich reden. Aber im internationalen Vergleich ist es einstweilen noch eine kleine Firma.

⁴ Der Vergleich gilt auch insofern nur für Deutschland, als auch die Meyer-Werft die hier üblichen Subventionen und darüber hinaus sozusagen einen Privatweg in Richtung Meer von Niedersachsen spendiert bekommen hat. Des Emssperrwerk wurde unter Protest der Umweltschützer so angelegt, dass die Ems auch gestaut werden kann, um die großen Kreuzfahrtschiffe von der Werft zum Meer bugsieren zu können.

Sie merken gar nicht, dass sie kaum mehr national geschweige denn international wahrgenommen werden, und träumen, sie würden vor den Mächtigen, Reichen und Schönen der Welt vortanzen, um für eine Investition ausgewählt zu werden. Sie versteigen sich dabei in die weltläufig gemeinte Albernheit, dass sie an öffentlichen Wegweisern, Hinweisschildern und Gebäuden z.B. Zentrum und Kongress allenthalben mit C schreiben, nicht nur beim Congresscentrum Bremen CCB, obwohl es das Wort in keiner lebenden Sprache mehr gibt und Latein als Lingua franca der christlichen Welt seit Jahrhunderten abgelöst worden ist. Sie haben bei diesem verkorksten Internationalismus kein Auge für die normalen Bürger, Kunden und Touristen in Bremen, die in viel größerem Maße Deutsch, Türkisch, Serbokroatisch, Polnisch, Russisch oder in einer anderen slawischen Sprache lesen.

Seitdem der Abstieg Bremens manifest geworden ist, können sich die in Bremen Regierenden real doch nur noch auf lokale Größen stützen, auch wenn sie sich immer mal wieder einen teuer bezahlten Einlass in die große weite Welt des internationalen Kapitals erkaufen, wie z.B. mit einem Bremer Stand auf den Immobilienmessen wie der „Mipim“ in Cannes oder der Expo real in München, wo die Immobilienfonds ihre Deals mit marktgängigen Massenprodukten der Immobilienanlage in den Metropolen machen. Sie versuchen dort ihre subventionierten Flächen z.B. in den alten Hafenrevieren an das internationale Kapital zu verschern, und es findet sich doch kein internationaler Anleger, der sich an diese Lage in der Provinz bindet.

Die lokalen Größen, mit denen sie es dann zu tun haben, sind die lokalen Bauträgergesellschaften, lokale Reste des einstmals weltläufig auftretenden Kapitals, wie z.B. die Verwertungsgesellschaft der Grundstücke der Kaffeefirma Eduscho, die H. Siedentopf GmbH und Co KG. Bremen macht die Grundstücksgeschäfte mit denen wie sie im Grundsatz auch in den Metropolen funktionieren – bloß zu Lasten des Bremer Haushalts und der BremerInnen: Frei- oder Brachflächen haben einen relativ geringen Grundstückswert, weil die festgelegte Art der Nutzung keinen Verwertung (mehr) erlaubt und die Erschließung auch keine andere Nutzungsart oder Dichte ermöglicht. Diese Grundstücke sind so für privatkapitalistische Verwertung wertlos. In Metropolen mit hohen Grundstückspreisen und Anlagedruck internationaler Immobilienkonzerne ist das der Ausgangspunkt für profitable Verwertung. Die zulässige Art und Dichte der Nutzung wird von den örtlichen Behörden geändert und dann zum Brachenpreis verkauft. Die Anleger entwickeln das Gebiet, indem sie es sowohl neu erschließen als auch bebauen und dann mit um ein Vielfaches gestiegenen Grundstückspreisen wieder verkaufen. Das ist der Plan – und er gelingt hin und wieder aber nicht immer.⁵

In Bremen funktioniert das nicht, weil die Erschließungskosten zwar genauso hoch sind wie in den Metropolen. Aber die dann erzielbaren Bodenpreise sind nur ein Bruchteil dessen, was in Metropolen zu erzielen ist. Da die Bremer Politik aber immer in der Liga der Metropolen mitspielen will, setzt sie das gleiche Spiel – aber auf Kosten des Bremer Staatshaushaltes in Gang.⁶ Sie zahlt die Planungs- und Erschließungskosten und erzielt beim Verkauf einen Bruchteil der Kosten, die sie aufgewendet hat.

Man dealt jetzt auch nicht etwa mit den großen Anlagegesellschaften, den Banken, Versicherungen und den sonstigen Größen des Geldgewerbes, sondern mit dem Einzelhandel, einem Wirtschaftszweig der Kleinhändler und Krämer, der bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mal einen Zugang zur Handelskammer Bremen hatte, sondern in einer Einzelhandelskammer außerhalb der Handelskammer organisiert war. Aber auch der ist inzwischen ohne Beteiligung Bremer Handelshäuser zunehmend national und international organisiert. Man muss beklagen, dass man kaum mehr eine gemeinsame Weihnachtsbeleuchtung mit den angesiedelten Ablegern der Kettenläden hinbekommt. Gleiches gilt für das Beherbergungsgewerbe. Allerdings auch da glauben unsere Oberen, sich das internationale

⁵ Selbst in den Metropolen gelingt das häufig nicht und die Spekulanten gehen pleite. So bei den berühmten Docklands in London. Dort ist die erste Entwicklungsgesellschaft grandios gescheitert. Die Immobilienentwicklungsgesellschaft Canary Warf hat beim ersten Versuch vier Milliarde Kanadische Dollar verloren. Margret Thatcher, die öffentlich geschworen hatte, kein öffentliches Geld in die Entwicklung einfließen zu lassen, ließ sich dann doch dazu herbei und finanzierte mit öffentlichen Mitteln die Erschließung mit der U-Bahn. Seitdem wird die Entwicklung dort immer als Vorbild hingestellt und die erste Pleite, die wenigstens eine private war, übersehen.

⁶ Siehe dazu das Beispiel Überseestadt beschrieben auf dieser Homepage unter 08.10.2004 [Überseestadt - der Space Park im Quadrat](#)

Flair einkaufen zu müssen. Sie gaben der internationalen Hotelkette Maritim eine Gewinn-
garantie für 30 Jahre, wenn sie ein von Bremen errichtetes Hotel in ihre Kette einbindet und
bewirtschaftet. Zusätzlich erhielt sie die kostenfreie Überlassung des CCB. Die Atlantik –
Hotel-Gruppe erhielt für ihr „Grand Hotel“ auf den Trümmern der Dienststelle des Häfen-
senators einen Zuschuss in der Höhe des Grundstückspreises in der besten Citylage, damit
5 sie auch mit ihrem auf Metropolen zugeschnittenen „Grand – Hotel“ nach Bremen käme, ob-
wohl die Struktur des Bremen-Tourismus das eigentlich nicht her gäbe. In Bremerhaven
wurde ein ähnlicher Deal mit dieser internationalen Hotelgruppe gemacht. Und die Wirt-
schafts- und Tourismusförderer geben auch sonst Unsummen aus, um Touristen nach Bre-
men zu locken. Man kann den Eindruck haben, Einzelhandel und Tourismus seien inzwi-
schen zentrale Wirtschaftsbereiche, von denen die Bremer leben würden. Aber in der abstei-
genden Stadt und Region, in der Tourismus in den Mittelpunkt der Ökonomie gestellt wird, ist
10 es ein Zeichen für die Verarmung der Menschen, wie gegenwärtig in Griechenland. Mit der
Betrachtungsweise des Wirtschaftssenators und der Wirtschaftsförderer in Bremen, die dafür
15 auch noch Massen-weise Geld in den Sand setzen, sind sie aktive Betreiber dieses Abstiegs
und der Verarmung der Bevölkerung Bremens.

Die Entwicklung des Tourismus wird immer wieder mit **Übernachtungszahlen** dargestellt.
Übernachtungszahlen sind eine entscheidende und zentrale Größe bei der Betrachtung der
Entwicklung des Tourismus. Übernachtungszahlen können wegen der Meldepflicht der Be-
herbergungsbetriebe ziemlich genau und aktuell erfasst werden. Von ihnen können durch
20 Multiplikation oder Division die verschiedensten anderen wirtschaftlichen Größen abgeleitet
und mit anderen verglichen werden.

Für die angenommene wirtschaftliche Wirkung des Tourismus werden u.a. auch Beschäftig-
tenzahlen im Hotel- und Gaststättengewerbe, Taxiunternehmen und aus anderen Wirt-
schafts-bereichen zusammen gezählt. Aber nie gegengerechnet, welchen Umsatz- und damit
Beschäftigungsverluste in Bremen dadurch entstehen, dass die BremerInnen natürlich für
25 Reisen Bremen auch verlassen und dabei ihr Geld anderswo ausgeben. Diese ganze Sicht-
weise gehört nicht zur Wohlfahrtsökonomie für die Menschen. Wie auch immer, eine zentrale
Größe bei der Betrachtung des Tourismus sind die Übernachtungszahlen.

30 An dieser Stelle kann man es darauf beruhen lassen, ob und inwieweit diese Konzentration
auf Übernachtungs- und Beschäftigtenzahlen berechtigt ist. Es soll nur festgehalten werden,
dass selbst mit darauf beruhender Argumentationsketten Bremen nicht etwa eine aufstre-
bende Stadt und Trendsetter ist, sondern auch dort wie in so vielen Bereichen die Bremer
Politik hinter den vorgegebenen Zielen zurück bleibt und dennoch dafür Geld, Flächen und
35 andere Ressourcen der Bürger vergeudet.

Aktueller Anlass

Seit dem 10. Januar vergeht kaum ein Tag, an dem im lokalen Monopolblatt „Weser-Kurier“
(WK) einschließlich seiner Sonntagsausgabe „Kurier am Sonntag“ nicht das Thema Touris-
mus an prominenter Stelle behandelt wird. Am 10.1.2012 wurde als Aufmacher sozusagen
40 eine Siegesmeldung auf Seite eins heraus posaunt: *„Mit dieser Entwicklung steht Bremen im
Bundesvergleich ganz vorne. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts beträgt der Zu-
wachs an Übernachtungen im Bundesschnitt in den Monaten Januar bis September 3,4 Pro-
zent - in Bremen betrug der Anstieg 8,1 Prozent. Das bedeutet Platz 1 im Ländervergleich,
noch vor Hamburg und Berlin.“* Statistiken glaubt niemand so gerne, weil man sich meist an
45 der Nase herum geführt fühlt. So auch hier: Landesvergleiche sind bei der unterschiedlichen
Struktur der Länder Unsinn. Für Bremen kommen eigentlich nur Städtevergleiche in Frage.
Aber da scheint der Hinweis auf Hamburg und Berlin ja dann angemessen. Aber wieso soll
eine Zahl von neun Monaten eine Meldung auf Seite eins Wert sein? Sie soll das langfristige
Versagen der Bremer Touristik Zentrale (BTZ), von Herrn Siemering, der Wirtschaftsförde-
50 rung und Herrn Sondergeld verschleiern. In Wirklichkeit verharrt Bremen bei der Entwicklung
der Übernachtungszahlen gegenüber den vergleichbaren Städten auf einem der letzten Plät-
ze. Errechnet man aus der Tabelle des Statistischen Bundesamtes unten (weiße Felder) den
Zuwachs der Übernachtungszahlen in Prozent (Berechnung vom Autor, farbig markierte Fel-

der), so ist leicht zu ersehen, dass Bremen in den zehn Jahren seit 2001 den drittletzten Rang vor Duisburg und Stuttgart einnimmt. **Hamburg**, das nach dem Tenor des Artikels im relativen Zuwachs scheinbar überflügelt sein soll, hat allein **in dem einen Jahr 2010 doppelt so viele zusätzliche Übernachtungen wie Bremen in den letzten zehn Jahren zusammen** anlocken können! Selbst so prickelnde Städte wie Dortmund und Essen wiesen ein relativ schnelleres Wachstum der Übernachtungszahlen als Bremen auf. Im ein Jahres Vergleich der Städte kommt in dem Artikel des WK an anderer Stelle nach Zahlen des Deutschen Tourismus-Verbandes (DTV) zum Ausdruck, dass **2010 Bremen beim Städtetourismus einen Zuwachs von 8,7% aufweist, der unter dem Durchschnitt der Städte über 100.000 Einwohner liegt**. „Nach DTV-Angaben konnten Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern im Jahr 2010 ihre Übernachtungszahlen um 9,4 Prozent auf insgesamt 103,4 Millionen steigern.“ Also: **Bremen kann trotz seiner immensen Ausgaben, die mit Tourismus begründet werden, nicht einmal den durchschnittlichen Trend zum Städtetourismus aus- und abschöpfen**. Welchen Beleg braucht man sonst noch für die Vergeblichkeit und Nutzlosigkeit unserer Wirtschaftsförderung und der BTZ und der korrespondierenden Absahner in Bremerhaven. Absahner ist für diese hohen Herren in dem Fall die richtige Bezeichnung, wenn man weiß, was dem gegenüber die Beschäftigten im Hotelgewerbe üblicher Weise so verdienen. Die Beschäftigten dort sind doch diejenigen, über deren Einkommen die SPD, die Partei des Wirtschaftssenators und Verantwortlichem der Wirtschaftsförderungsbehörde und der BTZ, ihre Krokodilstränen verbal vergießt. Dort müssen doch viele neben ihrer Arbeit noch Hartz IV Zuschüsse beziehen.

Es zeigt sich auch an diesen Zahlen, dass Hamburg, dem „Hoch im Norden“, Bremen als das korrespondierende Tief im Norden gegenüber steht. Bei der Kreuzfahrtschiffahrt ist dieser relative Abstieg gerade auch Bremerhavens ja besonders deutlich. Wo sich oberzentrale Funktionen ansiedeln, dahin kommt auch der Tourismus, siehe die hohen Übernachtungszahlen in den Metropolen der Bundesrepublik. Dort gibt es auch gemessen an der ansässigen Bevölkerung viel mehr Tourismus als in anderen Großstädten. Dafür braucht die Bevölkerung nicht mobilisiert zu werden. Unsere Tourismusexperten wollen jetzt den Bremern erzählen, wie schön ihre Stadt ist, damit sie Touristen werben. So wie Firmen mit Prämien versuchen, ihre Bestandskunden zu animieren, ihre Verwandten und Bekannten als Neukunden zu werben. Nur dass Siemering und Co. noch keine Kontakt-Werbeprämien ausgeschrieben haben – was ihnen zuzutrauen ist. Nein, nicht die Anmaßung Bremens, eine Metropole zu sein, sondern die Realitäten überzeugen. In Bremen leben, heißt das Glück im Winkel, das Dorf mit Straßenbahn, und nicht Glanz und Gloria.

Auch die so hoch gelobte Einbindung Bremens in das Flugliniennetz von Ryanair (seit 2007) hat nicht den Schub an zusätzlichen Übernachtungsgästen gebracht, wie immer signalisiert wird. Die Übernachtungszahlen haben zwischen 2006, dem Jahr vor der Aufnahme der Flüge von Ryanair ab und nach Bremen, und 2010, dem einstweilen letzten voll dokumentierten Jahr, um 15,5% zugenommen. Mit diesem Wert liegt Bremen an viertletzter Stelle und damit deutlich unter dem Durchschnitt der deutschen Städte über 500.000 Einwohnern. Nur in Stuttgart, Dortmund und Köln ging es beim Zuwachs der Übernachtungszahlen langsamer voran. Um den wirtschaftlichen Effekt in diesem Sinne abzuwägen, müssen die Ausgaben der Bremer gegen gerechnet werden, die nun leichter, billiger und daher häufiger die Stadt via Ryanair verlassen und ihr Budget anderswo als in Bremen ausgeben. Aber diese Art der stadtökonomischen Betrachtung ist aus Sicht einer Wohlfahrtsökonomie sowieso verfehlt.

Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (Städtetourismus): Deutschland, Jahre, Städte (ab 500 000 Einwohnern)															
Monatserhebung im Tourismus Deutschland															
Städte ab 500 000 Einwohnern Ankünfte Übernachtungen	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderungen in % 2000- 2010	Veränderungen in % 2001- 2010	
Berlin	Ankünfte	1000	5.006	4.930	4.750	4.953	5.924	6.465	7.077	7.585	7.905	8.263	9.051		
	Übernachtungen	1000	11.413	11.345	11.016	11.329	13.260	14.620	15.910	17.286	17.770	18.872	20.796	82,21	83,31
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-0,60	-2,90	2,84	17,04	10,26	8,82	8,65	2,80	6,20	10,19		
Hamburg	Ankünfte	1000	2.644	2.554	2.720	2.956	3.263	3.451	3.844	3.985	4.116	4.368	4.733		
	Übernachtungen	1000	4.844	4.770	5.079	5.407	5.946	6.436	7.177	7.402	7.728	8.190	8.947	84,70	87,57
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-1,53	6,48	6,46	9,97	8,24	11,51	3,14	4,40	5,98	9,24		
München	Ankünfte	1000	3.743	3.636	3.449	3.462	3.806	4.122	4.371	4.702	4.830	4.984	5.573		
	Übernachtungen	1000	7.756	7.595	6.949	7.057	7.833	8.356	8.859	9.533	9.847	9.908	11.096	43,06	46,10
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-2,08	-8,51	1,55	11,00	6,68	6,02	7,61	3,29	0,62	11,99		
Köln	Ankünfte	1000	1.740	1.797	1.826	1.876	2.129	2.329	2.423	2.487	2.385	2.344	2.595		
	Übernachtungen	1000	3.066	3.258	3.300	3.427	3.850	4.212	4.382	4.480	4.309	4.133	4.574	49,18	40,39
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		6,26	1,29	3,85	12,34	9,40	4,04	2,24	-3,82	-4,08	10,67		
Frankfurt am Main	Ankünfte	1000	2.427	2.409	2.314	2.274	2.536	2.722	3.078	3.339	3.353	3.221	3.685		
	Übernachtungen	1000	4.342	4.296	3.986	3.929	4.335	4.579	5.116	5.395	5.423	5.359	6.066	39,71	41,20
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-1,06	-7,22	-1,43	10,33	5,63	11,73	5,45	0,52	-1,18	13,19		
Essen	Ankünfte	1000	357	401	396	384	416	422	462	463	493	515	663		
	Übernachtungen	1000	911	958	965	892	970	966	989	1.008	1.078	1.068	1.358	49,07	41,75
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		5,16	0,73	-7,56	8,74	-0,41	2,38	1,92	6,94	-0,93	27,15		
Dortmund	Ankünfte	1000	342	349	370	423	443	461	489	501	509	488	550		
	Übernachtungen	1000	597	636	619	671	711	696	773	809	801	749	862	44,39	35,53
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		6,53	-2,67	8,40	5,96	-2,11	11,06	4,66	-0,99	-6,49	15,09		
Stuttgart	Ankünfte	1000	1.111	1.163	1.142	1.171	1.221	1.281	1.405	1.398	1.486	1.394	1.475		
	Übernachtungen	1000	2.045	2.180	2.125	2.161	2.245	2.340	2.574	2.587	2.736	2.510	2.703	32,18	23,99
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		6,60	-2,52	1,69	3,89	4,23	10,00	0,51	5,76	-8,26	7,69		
Düsseldorf	Ankünfte	1000	1.272	1.270	1.303	1.269	1.415	1.537	1.658	1.761	1.861	1.876	2.123		
	Übernachtungen	1000	2.424	2.389	2.460	2.296	2.534	2.688	2.902	3.046	3.360	3.220	3.588	48,02	50,19
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-1,44	2,97	-6,67	10,37	6,08	7,96	4,96	10,31	-4,17	11,43		
Bremen	Ankünfte	1000	628	616	606	599	681	671	713	778	778	766	858		
	Übernachtungen	1000	1.121	1.084	1.059	1.044	1.217	1.165	1.259	1.312	1.363	1.339	1.455	29,79	34,23
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-3,30	-2,31	-1,42	16,57	-4,27	8,07	4,21	3,89	-1,76	8,66		
Duisburg	Ankünfte	1000	150	159	162	157	164	171	174	178	182	180	202		
	Übernachtungen	1000	322	337	320	310	343	339	343	349	373	362	409	27,02	21,36
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		4,66	-5,04	-3,13	10,65	-1,17	1,18	1,75	6,88	-2,95	12,98		
Hannover	Ankünfte	1000	1.194	688	687	706	744	805	859	902	1.028	1.034	1.112		
	Übernachtungen	1000	2.031	1.248	1.220	1.261	1.336	1.509	1.565	1.632	1.856	1.811	1.926	-5,17	54,33
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		%		-38,55	-2,24	3,36	5,95	12,95	3,71	4,28	13,73	-2,42	6,35		
Ankünfte und Übernachtungen: Ab 2004 einschließlich Campingplätze.															
2005: München ohne Campingplätze.															
(C)opyright Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012															
Stand: 22.01.2012 / 00:02:11															

Am 22.1. konnte man im „Kurier am Sonntag“ dann auch lesen, mit was sich die hohen Herren der Tourismusförderung so beschäftigen. Neben der grandiosen Idee, die Bremer zu Tourismuswerbern zu animieren. Wieder an prominenter Stelle, der ersten Seite des Lokalteils, werden uns lang und schlapp die verbalen Rangeleien zwischen Bremen und Bremerhaven über semantische Abgrenzungstreitigkeiten „Haven-, Weser- und Wissenswelten“ nahe gebracht. Das soll also die hohe Bezahlung einer ganzen Entourage mit öffentlichen Mitteln wert sein? Sicher nicht.

Wenn die Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie andere am Tourismus verdienende Unternehmen meinen, sie bräuchten gemeinsames Standortmarketing, dann sollen sie das auch selbst bezahlen, denn sie verdienen doch zu allererst daran. Sie können dann auch darüber entscheiden, ob sich der finanzielle Aufwand auszahlt. Wie soll denn sonst die Verantwortlichkeit über das Verhältnis von Aufwand und Ertrag hergestellt werden? Ob eine solche von der Tourismuswirtschaft selbst getragene gemeinsame Einrichtung dafür dann die besagten Herren auswählen würden, könnte man bei deren Fehlleistungen durchaus bezweifeln. Aber das wäre dann die Sache der beteiligten Unternehmen und was ihnen das an Bezahlung wert ist. Nur ständig von der öffentlichen Hand Leistungen zu fordern, ohne dafür finanziell gerade zu stehen, führt zu einer völlig verantwortungslosen Forderungshaltung.

Viel schlimmer und aufwändiger als die hohen Löhne und Gehälter dieser öffentlichen Bediensteten, die eigentlich dem Gemeinwohl dienen sollten, sich aber als Lobby für die Tourismusunternehmen verhalten, sind die Fehlleistungen und lang andauernden Verpflichtungen, die sie Bremen immer wieder neu anschnacken, und für die Bremen fast endlos zahlen muss. Immer wieder schlagen sie teure Einrichtungen und von der öffentlichen Hand wesentlich finanzierte Großereignisse vor, die überwiegend der Freizeitgestaltung dienen soll. Die Ausgaben dieser Freizeittouristen sollen über den Umweg der Steuern die Kosten der öffentlichen Hand decken. Von den Übernachtungen in gewerblichen Beherbergungsbetrieben sind aber durchschnittlich nur ca. 20% Freizeittouristen und davon wohl die meisten noch solche, die wegen Familienereignissen, Klassentreffen oder sonstiger nicht dem Ort geschuldeter Anlässe wegen reisen und übernachten, ca. 80% sind Geschäftskunden. Und die Privatleute sind meist auch noch sparsamer, geben also nicht so viel Geld aus. Dann wird auch noch eine fast beliebige Menge von Tagestouristen geschätzt, die des Weiteren Geld bringen sollen. Also 20% der überwiegend sparsamen Touristen sollen all die teure Freizeitinfrastruktur und Eventkultur finanzieren?

Am 15.1.2012 zählte der „Kurier am Sonntag“ unter der Überschrift „Noch mehr Wissenswelten?“ ein paar dieser Verlustbringer auf. Darunter sind neben den sattsam bekannten Flops wie Space Park und Musical-Theater einige, wie das Universum, die noch relativ gut zu laufen schienen, gegenüber all den anderen, die schon pleite gegangen sind. Viele andere werden gar nicht erwähnt, wie die Messehallen, das Congresscentrum Bremen (CCB), der Klangbogen, die Gewinngarantie für das Maritim – Hotel, die Aufstockung der Stadthalle, die längst schon wieder abgerissene Eislaufhalle auf der Bürgerweide, die Grundstücksge-schenke an die Jugendherberge, die Zuschüsse in Höhe des Grundstückspreises für das Hotel an der Bredenstraße, das Bremer Geschichtenhaus im Schnoor, früher „ZeitRaum“, das mehrfach nur mit Geldern vom Jobcenter aufrecht erhalten wird, die Galopprennbahn und damit zusammenhängende Entscheidungen, die gläserne Bootswerft Schaufenster Boots-bau und die Maritime Meile in Vegesack, das Übermaxx, und all die teuren Entscheidungen rund um den Bahnhof, wie den Durchgang in einer Röhre, das Neue Museum Weserburg, die Kunsthallenerweiterung, das Shakespeare – Theater zu übernehmen, und jetzt dafür eine neue Spielstätte zu bauen, das viele Geld für die Schlachte mit den Nostalgie-schiffen, was nur zu einer Verlagerung des Kneipenkonsums in Bremen, aber zu keinen Zu-wachs geführt hat usw. usf.. Selbst bei der **van Gogh Ausstellung 2002 / 03 in der Kunst-halle**, bei der mit 320.000 Besuchern doppelt so viele kamen als erwartet, ist die städtische Bürgerschaft, mit der die Kosten der Unternehmung abgesichert werden sollten, verfallen, d.h. Bremen hat Geld verloren. Gleichzeitig sind in den beiden Jahren **die Übernachtungszah-len in Bremen zurück gegangen** obwohl 80% der Schaulustigen von außerhalb Bremens angereist sein sollen. Danach haben die Kosten der Renovierung den „kleinen Gewinn“, der

nur auf Grund der kostenlosen Mitarbeit von Vereinsmitgliedern zunächst entstanden ist, aufgefressen. Also noch weniger Verdienste als Minijobber und trotzdem Verluste auf allen Seiten⁷ mit Ausnahme vielleicht der privaten Absahner. Die finden diese Tourismusförderung zu Lasten aller anderen und zu ihren Gunsten „natürlich“ (was in unserer Welt inzwischen so als natürlich gilt) prima. Es gibt aber schon ein französisches Volkslied mit dem Refrain: „... vertreibt den Horniss, der da schwebt, der nur auf Kosten and´rer lebt.“ Trotzdem wurde für ca. 30 Mio. € Kosten – davon je zehn Mio. € vom Bremischen und vom deutschen Steuerzahler, da auf öffentlichen Kredit natürlich als zusätzliche ewige Last – die Kunsthalle danach erweitert und umgebaut. Ausdrücklich u.a. mit der Begründung, solche Kulturevents müsste die Kunsthalle wiederholen⁸.

Bei allen wurde und wird mit Förderung des Tourismus argumentiert. Angeblich sollen aus den Geldern, die die Touristen in Bremen ausgeben, der lokale Anteil der Einkommenssteuern so sehr steigen, dass daraus mehr Einnahmen in die Bremer Staatskasse zurückfließen, als für die Förderung ausgegeben wurden und durch Zins- und Abschreibungen ständig ausgegeben werden müssen. Ich habe schon bei der Planung des Space Parks nachgewiesen, dass das bei weitem nicht der Fall ist⁹. Selbst wenn so viele Gäste kämen, wie prognostiziert, und die Beschäftigten alle vorher arbeitslos gewesen und von Hartz IV gelebt hätten und jetzt fest angestellte Vollzeitkräfte wären und dabei alle Tarifgehälter bekämen, würden die daraus fließenden lokalen Steuereinnahmen nicht im Entferntesten reichen, um die dafür gemachten und fortlaufenden Staatsausgaben zu decken.¹

Zusätzlich wird bei den Planungen systematisch übersehen, wie schnell all diese Angebote veralten und ersetzt oder erneuert werden müssen. Entsprechend müssen diese Angebote innerhalb von drei bis fünf Jahren abgeschrieben werden. Das weiß jeder, der sich mit diesem Show-Business auch nur kurz beschäftigt. Dafür ist eigentlich auch seit Langem in der Verwaltung die Kosten- und Leistungsrechnung, also übertragen die betriebswirtschaftliche Rechnung eingeführt worden. Die Abschreibungen müssen verdient werden. Aber wie jetzt schon wieder beim „Universum“ rätselt man, wo das Geld herkommen solle, um die anstehende Erneuerung zu finanzieren. Wenn sie im bisherigen Verlauf bei noch sehr hohen Besucherzahlen nicht mit verdient wurde, und die Gelder für die Erneuerung nicht bereit stehen, dann ist schlicht nicht richtig gerechnet worden. Dann ist das Universum nicht gut gelaufen, sondern miserabel und hat hohe Verluste eingefahren. Also war Carlos Petri ein Scharlatan und die Aufseher und Geldgeber aus der öffentlichen Verwaltung für ihren Job nicht qualifiziert. Oder, wie das in der öffentlichen Verwaltung Bremens üblich ist, gab es qualifizierte Mitarbeiter, die rechtzeitig richtig gerechnet haben, deswegen aber von den Vorgesetzten auf Stirnrünzeln der Politiker hin von der Sache entbunden wurden.

Immer wieder wird mit der Umwegfinanzierung argumentiert. Über mehr eingenommene Steuern würden sich die öffentlichen Ausgaben auch für die öffentliche Hand rechnen. Nein, selbst mit den einseitigsten Annahmen zugunsten dieser Umwegfinanzierung kommt man nur auf ein Defizit für die öffentlichen Hände. Erst Recht, wenn man bedenkt, dass die Bürger Bremens auch Bürger der Bundesrepublik sind und der Konsum, der mit viel Aufwand an einen Ort gelockt wurde, am anderen Ort fehlt, oder dort zu ebenso verlustreichen Anstrengungen führt. Köln hat einmal aufgelistet, wie wenig Gewerbesteuer die Unternehmen des Gastgewerbes in die öffentlichen Kassen zahlen. Die Beschäftigten in dieser Branche zahlen mit ihren Miniverdiensten, die meist unter der Steuer – Freigrenze liegen, entsprechend keine Steuern. Und die Mehrwertsteuer – man muss es leider immer erneut in Erinnerung rufen

⁷ Auf ein „Institut für empirische Handels- und Regionalstrukturforschung der Hochschule Bremen“ beruft sich zwar das Werbblättchen „Weser Report“ am 19.2.2003 auf S. 1 mit der Aussage, der „wirtschaftliche Effekt“ der Sonderausstellung habe zehn Mio. Euro betragen. Aber weder wird definiert, was ein „wirtschaftlicher Effekt“ sei, noch wird klar, was das für eine Untersuchung ist. Wenn es sich z.B. um den Umsatz handelt, so kann man auch mit Umsatz Verluste machen. Und selbst wenn es einen Überschuss bei irgendjemand gegeben haben sollte, so muss das nicht die öffentliche Hand und nicht die Kunsthalle gewesen sein. Sondern z.B. könnten nur die privaten Unternehmen im Tourismusgeschäft verdient und alle anderen verloren haben. Das ist ja das typische Modell und der typische „Effekt“ der Tourismusförderung.

⁸ Zu dem Unsinn siehe den Beitrag vom 06.03.2005 [Kunsthallenbau – Vorgesmack auf Europäische Kulturhauptstadt 2010](#)

⁹ siehe auf dieser Homepage den Beitrag von März 1998 S 13 eingestellt am 11.02.2004 [Space Park aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht](#).

- ist keine lokale Steuer, sondern kommt in einen Bundestopf, egal wo sie eingenommen wird, und der den Ländern und Gemeinden zustehende Anteil wird nach Bevölkerungszahl auf diese lokalen Gebietskörperschaften verteilt, und nicht danach, wo ein Einkauf getätigt wurde. Kein Ort, der hauptsächlich vom Fremdenverkehr wirtschaftlich abhängig ist, kann seine Angebote und Infrastruktur für Touristen allein über die dadurch eingenommenen Steuern finanzieren. Sie müssen alle die Nutznießer der Angebote mit einer Kurtaxe oder anderen Abgaben zu deren Finanzierung heranziehen. Deswegen ist der Entschluss der Bürgerschaft, endlich eine Bettensteuer einzuführen, völlig gerechtfertigt und kommt nur viel zu spät.
- Würden die Gelder nicht für die Förderung von Tourismusprojekten ausgegeben, sondern nur die laufenden Ausgaben und die eingesparten Zinsen für die dann nicht finanzierten sogenannten „Investitionen“, dann könnte Bremen daraus sehr viel mehr Menschen mit einem ordentlichen Gehalt – z.B. im Bildungsbereich – beschäftigen, als in diesen Tourismusprojekten mit Hungerlöhnen beschäftigt sind. In einem Land, das bei den „Fundamentals“ der öffentlichen Aufgaben, Sicherheit und Bildung, so grottenschlecht dasteht und so dringend viel mehr Einsatz, gerade auch an Personal bräuchte, und ansonsten natürlich eigentlich gar kein Geld über das durch Gesetze hinaus Unvermeidliche ausgeben dürfte, in solch einem Land ist es eine Sünde und Schande, dass diese ganze Tourismusförderung durch die öffentliche Hand nicht längst eingestellt worden ist und nicht schleunigst abgebrochen wird. Die im öffentlichen Dienst mit diesen Aufgaben Beschäftigten sollten der Tourismuswirtschaft zur Ausleihe gegen Gehaltsübernahme angeboten werden. Sie bezeichnen sich ja selbst als Fachleute. Da könnten sie das beweisen. Wenn die Tourismuswirtschaft dankend ablehnen sollte, fände man sicher eine Verwendung, wo sie nicht so viel Unheil anrichten könnten, wie sie es anhaltend tun. Wenn sie gar nichts mehr täten, wäre das jedenfalls sehr viel weniger schädlich für Bremen, als wenn sie weiter an dieser Vergeudung aller Ressourcen und der Belastung der Zukunft Bremens sich betätigten.
- In Bezug auf das „Universum“, auf Museen, Kunsthallen usw. wäre es eine ganz andere Frage, ob nicht das Archivieren und Weitergeben von Wissen eine öffentliche Aufgabe ist. Das Staatsarchiv wird ja auch nicht unter dem Gesichtspunkt Dokumente einlagern, ob damit Touristen angelockt werden können. Sondern es archiviert nach heute erkennbarer Bedeutung der Dokumente und für eine mögliche Fragestellung in der Zukunft. Und es stellt die Archivmaterialien der Forschung zur Verfügung. Es gehört zum öffentlichen kollektiven Gedächtnis. Ein Mensch, der sein Gedächtnis verliert, wird verrückt / dement. Das gilt auch für die Gemeinschaft. Das bezieht sich gleichermaßen auf das Wissen, die Kenntnis und das Gedächtnis von der Entwicklung der Kunst und Malerei, der Musik, der Literatur, des Theaters, der Baukunst mit der Denkmalpflege usw. Und die Vermittlung des angehäuften Wissens der Menschheit und der Region geht gerade auch bei Naturwissenschaften in anderem Rahmen als der Schule häufig viel besser. Ein Science – Zentrum, in dem die Menschen und insbesondere die Jugend besser lernen als in der Schule, ist möglicherweise eine zusätzliche Anstrengung wert. Dann wären die Einrichtungen aber von den für Kultur, Wissenschaft und Bildung zuständigen Senatoren und unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Gedächtnisses und der Vermittlung von Wissen zu planen und zu betreiben und nicht unter dem der Tourismusförderung. Man sollte diese wichtigen Angelegenheiten der Gesellschaft nicht den Hallodris vom Jahrmarkt überlassen.
- P.S. Die Verschuldung Bremens stammt weitgehend aus solchen Machenschaften oder auch Politik genannt, in denen auf Kosten der Allgemeinheit eine kleine Gruppe von Menschen begünstigt wurde und wird. Wenn – wie gegenwärtig häufiger gegenüber Griechenland – behauptet wird, Bremen sei das Griechenland Deutschlands, und „die Bremer“ hätten über ihre Verhältnisse gelebt, so ist das in dem Sinne nicht richtig, dass sie von der Politik materiell profitiert hätten. Nein, sie haben schlecht bezahlt oder gar kostenlos für andere gearbeitet bzw. ihnen wurden von allen Ressourcen (Lebenschancen, Geld, Flächen, Sicherheiten usw.) Teile zugunsten von Minderheiten entzogen. Sie haben nur in dem Sinne über ihre Verhältnisse gelebt, dass sie sich diese Politik und Politiker geleistet haben. Jeder hat die Regierung und die Politik, die er sich leistet, wenn er nicht gerade unter einer blutigen Diktatur lebt, und ist daher mit dafür verantwortlich.

ⁱ Das oben schon erwähnte Bremer Institut für empirische Handels- und Regionalstrukturforschung der Hochschule Bremen (BlfeHRf) hat in einer Reihe „Bremer Beiträge zur empirischen Handels- und Regionalstrukturforschung“ einen Beitrag von Diplom Betriebswirtin Aldona Kucharczuk und Prof. Dr. Peter Schmidt mit dem Titel „Regionalwirtschaftliche Implikationen von Kulturereignissen – am Beispiel der Kunstaussstellung *Van Gogh: Felder*“ ohne Jahr zur Diskussion gestellt. Der „Weser Report“ veröffentlichte ein Ergebnis davon am 19.2.2003, im mir vorliegenden Text wird aber auf eine Veröffentlichung von 2004 verwiesen. Dieser Diskussionsbeitrag wurde von interessierter Seite gefördert, wie auf der ersten Seite in einer Fußnote und auf S. 5 im Text angegeben wird: Es ist die Kunsthalle selbst und die „Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen-Niedersachsen (RAG / Gemeinsame Landesplanung). Leider muss man unter den obwaltenden Umständen annehmen, dass die Geldgeber auf die Art der Untersuchung und deren Ergebnisse Einfluss im Sinne einer Rechtfertigung ihres Handelns nehmen. Ob das noch Forschung im Sinne einer objektiven Untersuchung sein kann, ist daher von vorneherein zweifelhaft. Aussagen dieses Diskussionsbeitrages wurden wiedergegeben, aber nicht diskutiert auch in der taz Bremen Nr. 7049 vom 9.5.2003, Seite 23 und gemäß eines Berichts des Weser Kuriers vom selben Tage stützt sich darauf auch die damalige Kunsthallen-Sprecherin Christine Kramer

Die hier interessierende Fragestellung des Beitrags heißt, welche „*quantitativen Nutzen*“ ... „*vor allem aus den Ausgaben der auswärtigen Besucher, die ausschließlich für die Sonderausstellung angereist sind, bestehen*“? (S. 3)

Auf Seite 4 wird neben einigen Behauptungen zur Attraktivität von Regionen durch Angebote von Kunstkonsum die Fragestellung anders formuliert: „*Es wird verstärkt gefragt, ob sich der (finanzielle) Aufwand lohnt, ob monetäre Rückflüsse die getätigten Investitionen rechtfertigen.*“ Dabei fehlt eine Abgrenzung, denn es wird von „*einer Investition der Region*“ geschrieben, obwohl es eine solche wirtschaftliche Einheit gar nicht gibt – zumindest gibt es keine einheitlichen Träger von Kosten und Empfänger von Rückflüssen. Es fehlt das abgrenzbare Subjekt. Wenn von Wirtschaftsförderung die Rede ist, dann gibt es ganz verschiedene Abgrenzungen. Aber selten eine, bei der man einheitlich Rückflüsse feststellen könnte. Dennoch wird der Anspruch erhoben: „*In diesem Papier wird daher der Versuch unternommen, solche direkten und indirekten Effekte eines kulturellen Ereignisses (wie die Sonderausstellung Van Gogh: Felder – R.D.) auf die regionale Wirtschaft zu quantifizieren und damit öffentlichen Entscheidungsträgern Ansatzpunkte für eine Bewertung der „Rentabilität“ von Kulturförderung und Kulturausgaben zu geben.*“

Als zusätzlicher Effekt von Kultur in der Stadt wird vom BlfeHRf die Behauptung aufgegriffen, dass „weiche“ Standortfaktoren die „*Standortattraktivität einer Stadt oder Region „sich zunehmend zu einem Wirtschaftsfaktor (entwickelt)*“. Diese Aussage wird mehrfach wiederholt „*Kultur wird als Imagefaktor für das Stadtmarketing und als weicher Standortfaktor für die Unternehmen anerkannt.*“ Belegt werden diese Behauptungen nicht. Die Autoren des Beitrages versuchen gar nicht eine konkrete Beziehung zwischen dem kurzfristigen Kulturevent der Sonderausstellung und diesen gängigen Aussagen herzustellen. Den Wahrheitsgehalt dieser generellen Aussage muss hier nicht diskutiert werden. Die Umfrageergebnisse über die Struktur der Besucher von Van Gogh: Felder liefern jedenfalls keinen konkreten Hinweis darauf, dass diese Ausstellung ein Publikum angesprochen hat, das besonders mit Unternehmensansiedlungen zu tun hat. So machen Frauen mit 61% des Publikums den überwiegenden Teil der BesucherInnen aus. Unter den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft finden sich aber bekanntlich nur ganz wenige Frauen. Das mag man beklagen. Es ist aber ein Hinweis, dass diese Sonderausstellung für das Image der Zielgruppe, die für Unternehmensansiedlungen angesprochen werden soll, mit diesem Event nicht gerade erreicht wird. Ähnliches gilt auch für die Alterszusammensetzung der Besucher. Beim Altersgefüge der Besucher „*(macht) die Gruppe der ab 60-jährigen den größten Einzelanteil aus.*“ Aber für die Bestätigung oder Verneinung der Behauptung, ob mit solch einer Ausstellung das Image des Raumes Bremen für Unternehmensansiedlungen gestärkt würde, fehlen bei dieser kleinen Gästebefragung eigentlich alle Voraussetzungen. (Der verwendete Fragebogen, der im Anhang abgedruckt sein soll, fehlte in dem mir freundlicherweise zur Verfügung gestelltem Exemplar.) Deswegen ist der wiederholte qualitative Hinweis des BlfeHRf auf den Grundsatz völlig fehl am Platze, weil er in keinem Zusammenhang mit dieser empirischen Einzelfallstudie steht und auch nicht hergestellt wird.

Von den insgesamt 320.000 Besuchern der Kunstaussstellung, die in der Zeit vom 19.10.2002 bis 26.1.2003 kamen, reisten 84% der Befragten von außerhalb Bremens an. Die Autoren rechnen das auf 250.000 auswärtige Besucher hoch.

Nach der Umfrage machten sich 77% der auswärtigen Ausstellungsbesucher hauptsächlich wegen der Sonderausstellung auf den Weg. Von je weiter her sie aufbrachen, umso seltener war die Sonderausstellung der Hauptgrund für die Fahrt nach Bremen. Bei den Besuchern aus dem Umland waren es noch 90%, bei denen aus dem Ausland nur noch 35%. Allerdings lag der Anteil der Befragten aus dem Ausland mit vier Prozent auch sehr niedrig, hochgerechnet wären das nach den Autoren 11.000 Personen.

Die Aufenthaltsdauer der auswärtigen Besucher betrug 1,5 Tage, die nur wegen der Ausstellung gekommen waren, 1,2 Tage. Nur „16% der befragten Besucher, die als Grund des Besuches die Sonderausstellung nannten, gaben an, in Bremen übernachtet zu haben. Von diesen 15,6 Prozent übernachteten 52 Prozent in Hotels, 43 Prozent bei Freunden und Familie, 5 Prozent nahmen sonstige Übernachtungsmöglichkeiten in Anspruch.“ ... „10 Prozent der auswärtigen Gäste übernachtete in Bremen, 5 Prozent im Bremer Umland.“ (S 11). „Hochgerechnet ergeben sich damit ca. 14.000 Hotelübernachtungen, die durch die Sonderausstellung der Kunsthalle Bremen induziert wurden.“ (S 12).

Laut der Umfrage unternahmen die Besucher zusätzliche Aktivitäten zu 76%, darunter mit 47% Gastronomiebesuche, 33 % Einkäufe und Erledigungen, 33 % besichtigten weitere Sehenswürdigkeiten, 20 % suchten weitere Kultureinrichtungen auf und 20% besuchten Freunde, Verwandte oder den Weihnachtsmarkt. Naturgemäß standen bei den Bremern und denen aus dem Umland die Einkäufe und Erledigungen im Vordergrund der sonstigen Aktivitäten. Bei denen von weiter her kommenden, interessierten mehr Sehenswürdigkeiten und andere kulturelle Einrichtungen. Die Einkäufe und Erledigungen der Bremer und der aus dem Umland kommenden kann man kaum als wirtschaftlichen Effekt der Sonderausstellung bezeichnen. Es ist nur eine Folge der Zeitökonomie, dass die Menschen halt planen, vorgesehene Aktivitäten an einem Ort zeitlich zusammen zu legen.

Berechnung der Ausgaben der Besucher laut Beitrag „Regionalwirtschaftliche Implikationen von Kultur-Events“:

Die Berechnung stützt sich, was die Besuchermengen anbelangt, auf die eigenen Befragungen. Für die Höhe der Geldbeträge, die die verschiedenen Besuchergruppen ausgegeben haben sollen, bezieht sich der Beitrag auf vier zitierte Untersuchungen aus den Jahren 1995 bis 2002, die alle von interessierter Seite durchgeführt wurden. Zweimal ist das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr e.V. (dwif e.V.) der Gewährsträger, einmal das Institut für Tourismus und Freizeitforschung (ITF) Bremerhaven und einmal das Bremer Institut für Tourismuswirtschaft und Freizeitforschung (BITF) im Auftrag des BTZ Bremen.

Das dwif tragen als Mitglieder des Vereins alle Spitzenverbände der Tourismuswirtschaft und eine Fülle von Einzelunternehmen aus der Branche. Sie verstehen sich ausdrücklich als Lobby gegenüber dem Staat: „Einbringung von fundiertem Fachwissen sowie quantitativen Orientierungswerten für politische Entscheidungsträger, Kommunen und Unternehmer als „Hilfe zur Selbsthilfe““ heißt es auf ihrer Webseite 2012.

Die Gästebefragung und Auswertung des BITF wurde im Auftrag der Bremer Touristikzentrale (BTZ) durchgeführt, die schon mehrfach durch ihre geschönten Zahlenangaben aufgefallen ist und sich ganz offensichtlich als Bremer Lobby für die hiesige Tourismuswirtschaft versteht.

Die ITF Bremerhaven ist anscheinend der Hoflieferant für „Analysen“ im Touristikbereich in Bremerhaven und hat auch die „Ocean-Park“ Planung Bremerhavens unterstützend begleitet. Ansonsten ist ITF offensichtlich bei der Lufthansa Cargo und Fraport gut im Geschäft.

Als objektive Datenlieferanten kann ich diese Gewährsträger nicht ansehen. Ich habe an so vielen Verhandlungen und Vergaben von Untersuchungsaufträgen der öffentlichen Hände Bremens teilgenommen, um zu wissen, wie sehr das gewünschte Ergebnis den Auftragnehmern am Anfang und während des Untersuchungsprozesses vermittelt wurde, dass diese Zahlen von Vorneherein mit große Skepsis zu betrachten sind. Und wenn eine Lobby-Gruppe Zahlen aufischt, dann weiß doch jedes Kind, dass denen nicht zu trauen ist, weil jeder den Spruch kennt: Nachtigall ik hör Dir trapsen.

Dennoch werde ich mich mit den Zahlen eingehender befassen:

Der Beitrag des Bremer Instituts für empirische Handels- und Regionalstrukturforschung (BlfeHRf) hat 1550 Tagesgäste von außerhalb Bremens der Sonderausstellung befragt und rechnet sie auf 152.422 Tagesgäste hoch. Diese Zahl multipliziert das Institut mit einem inflationierten Wert für Tagesausgaben von Tagesgästen wie sie von den Gewährsträgern in früheren Jahren erhoben wurden. Dabei kommen sie auf durchschnittlichen Tagesausgaben zwischen 24,40 und 42,13 Euro pro Tagesgast. Multipliziert mit den errechneten Tagesgästen von außerhalb, die angaben wegen der Sonderausstel-

lung nach Bremen gereist zu sein, ergebe sich daraus Ausgaben oder auch Umsätze von 3,7 bis 6,4 Mio. Euro in den fast drei Monaten.

Genauso verfährt das BlfeHRf mit den Übernachtungsgästen, die in Hotels übernachtet haben oder privat untergekommen sind. Auf Preise von 2002 hochgerechnet ergaben sich je nach Quelle Ausgaben der Hotelgäste zwischen 49,38 und 140,91 € und der privaten Übernachtungsgäste zwischen 55,19 und 79,67 € pro Tag. Bei hochgerechnet 14.161 Übernachtungsgästen und Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 2,3 Tagen ergeben sich daraus zwischen 1,6 und 4,6 Mio. € Ausgaben der Übernachtungsgäste im Raum Bremen. Die aus der Befragung hochgerechneten 12.980 Übernachtungsgäste mit privater Unterbringung blieben durchschnittlich nur zwei Tage und gaben während dessen im Raum Bremen zwischen 1,4 und 2,1 Mio. € im Raum Bremen aus.

Insgesamt kommt das BlfeHRf zum Ergebnis, dass, „– abhängig vom unterstellten Tagesausgaben-satz – eine Gesamtsumme (der) durch die Sonderausstellung ... Ausgaben im Raum Bremen von zwischen 9,2 und 11,6 Mio. €“ (S 15) ausgelöst wurden.

Das BlfeHRf rechnet mit einer regionalen „Wertschöpfungsquote von 30%“, so dass sich das regionale Einkommen „um rund 3 Mio. €“ (S. 16) durch die Sonderausstellung erhöht haben soll.

Dies bezweifle ich, weil die Ausgaben der Umlandbesucher der Ausstellung ihre Ausgaben ja nur mit sowieso vorgesehenen Einkäufen und Erledigungen zusammen gelegt haben. Auch ist es für den Raum Bremen – und das ist die Fragestellung – gleichgültig, ob die Ausgaben im Raum Bremen vor oder hinter der Stadtgrenze getätigt wurden. Ich kann die 3,7 bis 6,4 Mio. € der Tagesgäste und damit rund 1,1 bis 1,92 Mio. € Wertschöpfung nicht als durch die Sonderausstellung induzierte Ausgaben im Raum Bremen ansehen. Genauso wenig haben diese Ausgaben daher einen Arbeitsplatzeffekt. Wenn es keine zusätzliche Ausgaben sind werden auch keine zusätzlichen Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Angaben über die **Ausgaben der Übernachtungsgäste in Hotels** weisen nach den vier zugrunde liegenden Untersuchungen so riesige Unterschiede auf – zwischen 49 und 140 Euro pro Tag – dass sie als sehr unzuverlässig gelten müssen. Da zwei Werte nahe beieinander liegen, kann man den Wert des Mittelwertes der beiden nehmen, was 117,75 € pro Tag und 270,83 € für den Aufenthalt von 2.3 Tagen im Raum Bremen bedeuten würde. Bei Multiplikation mit den hochgerechnet 14.161 Hotelgästen ergäbe sich daraus Ausgaben von 3.835.152,83 € und eine **lokale Wertschöpfung von 1.150.545,85€**.

Der Mittelwert der **Ausgaben der Übernachtungsgäste mit privater Unterbringung** betrüge 1.706.864,51€, was zu einer rechnerische **lokalen Wertschöpfung von 512.059,35 €** führen würde.

Die Gesamtsumme der regionalen Wertschöpfung durch die Sonderausstellung summiert sich danach auf 1.662.605,20 €. Das sind gegenüber den in der Presse kolportierten Werten zwischen 9,2 und 11,6 Mio. € 14,3%!

Regionaler Multiplikator: Diese kurze Erwägung auf Seite 16 ist für Wirtschaftswissenschaftler eine erstaunliche Einlassung. Volkswirtschaftlich handelt es sich bei den Besuchern aus dem gleichen Raum um schlechte Konsumausgabe. Es gibt keinen Anlass anzunehmen, dass es sich um eine **zusätzliche Konsumausgabe**, ein Entsparen, handelt. Nur dann und insoweit wäre für die Ausgaben von den Tagesbesuchern aus dem Einzugsbereich Bremens allenfalls mit einem Multiplikatoreffekt zu rechnen. Dafür gibt es aber keinerlei Anhaltspunkte.

Bei den Ausgaben der von weiter her kommenden Übernachtungsgäste handelt es sich volkswirtschaftlich gesehen um einen Export von Dienstleistungen und Waren. Schon der gesunde Menschenverstand sagt jedem, der nicht bewusst täuschen will, und erst Recht dem Fachverstand, dass wirtschaftliche Effekte nur von den Einnahmen erreicht werden, die in der Region bleiben und nicht als durchlaufende Posten gleich wieder abfließen. In einer so kleinen Region eingebunden in die globale Arbeitsteilung, in der natürlich die meisten verkauften Waren und verwendeten Hilfs- und Betriebsstoffe jenseits der Region erworben werden, ist die sogenannte Neigung zum Import extrem hoch. D.h. Einnahmen führen zunächst einmal zu Ausgaben, Einnahmen sind überwiegend durchlaufende Posten und bewirken an dem Ort, an dem sie ihren Endnutzer erreichen, gar keine wirtschaftlichen Effekte. Es bleibt allenfalls die lokale Wertschöpfung, (die BlfeHRf mit 30% angegeben hat und den ich als gegriffene Rechengröße übernehme). Dies ist selbstverständlich und Ergebnis des gesunden Menschenverstandes und auch des grundlegenden Lehrbuchwissens der Volkswirtschaftslehre. Es sei hier nur einmal aus dem Kapitel zitiert „Zahlungsbilanz, Volkseinkommen und Wechselkurs“ „§ 2. Exportmultiplikator“ der „Einführung in die Wirtschaftstheorie“ III. Teil von Erich Schneider J.C.B. Mohr Tübingen 1964 8., verbesserte Auflage: „Es wird vorausgesetzt, daß in die Produktion der Exportgüter keine Importgüter eingehen. Auf dasselbe läuft es hinaus, wenn wir die Exporte immer abzüglich der

in ihnen enthaltenen Importe betrachten.“ (S. 293) Es ist daher nicht nachvollziehbar, wie hier ein Professor solch Grundlagen seiner Wissenschaft missachten kann. Da außer den vier Prozent Besuchern (und davon auch noch ein Gutteil aus dem nahen und wirtschaftlich eng verflochtenen Niederlanden) aus dem Ausland, alle anderen Besucher aber aus dem einheitlichen Wirtschaftsraum Deutschland kommen, in denen Produktion und Verteilung in einer Weise eng vernetzt sind, dass man von abgeschotteten Märkten gar nicht reden kann. Die Ausgaben von Wirtschaftssubjekten des Raumes A im Raum B führt zu weniger Ausgaben im Raum A und damit zu geringeren Importen des Raumes A aus dem Raum B. Es ist, als würde Käufer aus dem Raum A sich ihre Waren selber im Raum B abholen und sie sich eben nicht liefern lassen oder beim örtlichen Händler kaufen. Es führt dazu, dass die gekaufte Dienstleistung eben nicht mehr exportiert wird. Das könnte man dem Beispiel Mercedes Benz exemplifizieren: Daimler baut in Bremen in einem Werkverbund mit seinen anderen Werken u.a. die C – Klasse Pkws. Natürlich werden wichtige Teile des Autos wie z.B. der Motor nicht in Bremen hergestellt, sondern ans Band geliefert und in Bremen eingebaut. Im Verkaufspreis des in Bremen hergestellten Endproduktes und damit in den Umsatz gehen diese zugelieferten Teile selbstverständlich ein. Wenn das Auto in Bremen gekauft wird, hat es aber insoweit nicht entsprechend des Umsatzes eine ökonomische Wirkung, sondern nur in der Höhe, in der in Bremen Werte durch den Zusammenbau hinzugefügt wurden. Abgezogen müssten auch noch alle Teile des Gewinns werden, weil die an die Zinsempfänger und Kapitaleigner gehen, die nur zufällig auch in Bremen sitzen. Kommt nun ein Auswärtiger nach Bremen und holt sich das fertige Auto selbst ab, so stellt das auch keinen zusätzlichen Export von Wertschöpfung aus dem Raum Bremen dar. Denn der Abholer hat damit seinen Wunsch erfüllt, seine Ausgabe getätigt, und wird an seinem Heimatort eben entsprechend nicht das Auto aus Bremen anschaffen und auch kein anderes, weil er damit sein vorgesehene Budget für ein Auto verbraucht hat. Der Besuch und die Ausgabe in Bremen vermindert entsprechend die Kaufkraft im Herkunftsgebiet für Käufe von Exportwaren aus Bremen. Die Abholung in Bremen stellt also keinen zusätzlichen Kauf und keinen zusätzlichen Export dar. Damit entfällt der Ansatz für einen Multiplikator. Man kann als Beispiel dafür, dass es sich nicht um voneinander isolierte Märkte handelt, das für Reisen näher liegende Frühstück wählen: Ein Hotelgast frühstückt im Prinzip nicht anders als zu Hause. Wenn er z.B. in Bremen und zu Hause Cornflakes von Kellogg's isst, darüber Milch von Nordmilch / Hansano gießt, Kaffee von Melitta trinkt und Brötchen, die mit vorbereitetem Teig von Meistermarkenwerken gebacken wurden, dann fehlt während der Kulturreise die Nachfrage nach Bremer Artikeln zu Hause. Dies ist natürlich nur ein sehr vereinfachtes Beispiel unter der Modellbedingung, dass es nur zwei Märkte gibt, die im Austausch miteinander stehen. Aber in – wenn auch sehr viel komplizierteren und aufgefächerten Form – verläuft der Austausch auch mit den anderen Märkten Deutschlands.

Nein, in Deutschland, in dem schon ein hergestelltes Joghurt aus Lieferungen hunderter Hersteller und Dienstleister über zig Tausend Kilometer zusammengebastelt wird, gibt es keinen Exportmultiplikator in einzelnen Regionen. Diejenigen, die ihr Geld in Bremen und umzu ausgegeben haben, haben hier vielfach Leistungen in Empfang genommen, die in ihrer Herkunftsregion also nach Bremen exportiert wurden, und die daraufhin das selbe Geld, dass sie in Bremen ausgegeben haben, nicht mehr in ihrem Herkunftsort ausgeben können, wodurch entsprechend weniger Leistungen von Bremen in den Wohnort des Besuchers geliefert wird. Das ist ein Nullsummenspiel. Einen Konsummultiplikator gibt es wie oben schon geschrieben, nur bei zusätzlichen Konsumausgaben. Von denen ist aber nicht die Rede und dafür gibt es keinen Anhaltspunkt.

Fiskalischer Nutzen: Es ist klar, dass aus einer Wertschöpfung von 1,7 Mio. € keine Steuereinnahmen von 1,056 Mio. € entstehen können, auch kein „4.4 fiskalische Effekte“ in der Höhe, wobei der Begriff oder der im Text genannte ((monetären)Nutzen) (S.16) nicht definiert wird. Die Bezugnahme der Autoren auf ein „Berechnungsmodell des Finanzsenators in Bremen“ (S. 16) behauptet etwas, was eigentlich zu beweisen wäre. Schon der Hinweis, dass dies „Steuereinnahmen vor dem bundesstaatlichen Finanzausgleich“ seien, signalisiert, dass die Steuereinnahmen der lokalen Gebietskörperschaften sehr viel geringer sind. Denn die wichtigste Steuerart im Bereich der Dienstleistungen ist die Mehrwertsteuer. Dies ist eine Bundessteuer, die nicht an den Ort der erbrachten Leistung zu Einnahmen führt, sondern eine auf die Einwohner bezogene Steuereinnahme ist. Was von Bundesbürgern von ihrem Einkommen an ihrem Wohnort oder auswärts in Deutschland ausgegeben wird, führt zu einer gleichen Mehrwert - Steuereinnahme an seinem Wohnort.

Was die Einkommenssteuer betrifft, so geht BfEHRf von „der durchschnittlichen fiskalischen Wirkung pro Arbeitsplatz“ und von der „Endnachfrage in Höhe von 10,040 Mio. € im Raum Bremen“ (S. 16) aus. Dies ist weit von der Wirklichkeit entfernt. Auf die Löhne und Gehälter der im Hotel- und Gaststättengewerbe Beschäftigten werden kaum Steuern, und weil sie etwa zur Hälfte in Minijobs beschäftigt sind, auch nur eine Pauschale an Sozialbeiträgen bezahlt, weil die Arbeitseinkommen in der Branche so niedrig sind, dass sie generell unter dem steuerfreien Mindestlohn liegen. Das belegen auch die

neuesten Zahlen aus diesem Gewerbe wieder (siehe Pressemitteilung Nr.049 vom 10.02.2012 des Statistischen Bundesamtes). Das war im Jahr 2002 nicht viel anders. Deswegen werden von den Arbeitseinkommen kaum Steuern erhoben, so dass dieser Teil der Wertschöpfung zu fast keinen Einnahmen der lokalen Gebietskörperschaften mit ihrem jeweiligen Anteil führt. Die Sozialbeiträge fließen überwiegend in Bundeskassen und haben keine an den Ort der Ausgabe gebundenen Einnahmen in den lokalen Gebietskörperschaften zur Folge. Inwieweit Kapitaleinnahmen an lokale Kapitaleigner zu besteuerten Einnahmen in den lokalen Gebietskörperschaften führen, ist gar nicht abzuschätzen. Die lokalen Gewerbesteuern und Grundsteuern haben sich in den letzten Jahren in Bremen jedenfalls relativ zu vergleichbaren Großstädten wie Hannover kaum erhöht. Nach einer Auflistung in Köln sind die Beiträge des Hotel- und Gaststättengewerbes zu dieser lokalen Steuerart verschwindend gering. Wenn also von der Wertschöpfung maximal zehn Prozent durch Steuern abgezogen werden und davon 57 % den lokalen Gebietskörperschaften zufließen, dann ist das ein sehr hoch angesetzter Wert. In diesem Fall würde das zu **Einnahmen der lokalen Gebietskörperschaften von rd. 95.000 €** führen, die sich Bremen und die Umlandgemeinden noch teilen müssten. **Gegenüber den angegebenen öffentlichen Ausgaben allein von Bremen** in Höhe von 1,1 Mio. € **sind das nicht einmal zehn Prozent**. Nimmt man nun hinzu, dass mit dieser Sonderausstellung die Erweiterung der Kunsthalle begründet wird, die 30 Mio. € gekostet hat, von denen Bremen allein mehr als zehn Millionen getragen hat (plus 10 Mio. € vom Bund plus Steuerverluste, weil die 10 Mio. € die vom Kunstverein aufgebracht wurden überwiegend aus Spenden stammen, die von der Steuer mit meist einem Spitzensteuersatz von 42% abgesetzt werden, also noch mal Einkommensteuerverlust von 4,2 Mio. €, davon 57% für die lokalen Gebietskörperschaften, wären also noch mal 2,394 Mio. € Verlust für Bremen und der Herkunft der Spender sonstwo.)

Nichts ist deswegen falscher als die Aussage „Demnach ist die Ausstellung aus fiskalischer Sicht ein finanzieller Erfolg, die einen größeren Nutzen brachte als Kosten verursachte.“ (S. 16)
Das Gegenteil ist richtig. Die öffentliche Hand hat für diesen Kunstkonsum – Eventkultur um ein Vielfaches mehr ausgegeben als eingenommen. Die dadurch verursachten Einnahmen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind fast nicht messbar klein – weniger als ein Prozent der Übernachtungen eines Jahres in Bremer Hotels. Was wieder einmal bestätigt, dass den Lobbygruppen die Höhe der öffentlichen Ausgaben egal ist auch für den kleinsten eigenen Vorteil.

Die in den Medien aufgegriffenen Umsatzzahlen, die auch noch mit grundlegend falschen Multiplikatoren im zusammenfassenden Schlussabsatz „6 Fazit“ (S. 21) als „ökonomische Auswirkungen“ auf 12,9 bis 16,3 Mio. € aufgeblasen wurden, zeigt, dass es nur um Propaganda geht und nicht um eine wissenschaftliche Annäherung. Es geht den Autoren nicht um das Gemeinwohl oder auch nur um die öffentlichen Finanzen, sondern nur darum, den Auftraggebern nach dem Munde zu reden und ihnen für ihre Propaganda Munition zu liefern. Diese Arbeit der Autoren ist nicht nur ein Gefälligkeitsgutachten. Weil sie Grundlagenwissen der Wissenschaft missachtet, beuten die Autoren den Ruf der wissenschaftlichen Institution aus und sind willfährige Diener einer Klientelpolitik zu Lasten der Allgemeinheit und schaden dem Ruf der Hochschule Bremen und Bremen als Wissenschaftsstandort insgesamt.